Berichterstattung 2020 der Vertretung des Kantonsrates in der Internationalen Parlamentarischen Bodensee-Konferenz (Herbsttagung)

Bericht vom 16. Oktober 2020

Vertreterinnen und Vertreter der Internationalen Parlamentarischen Bodensee-Konferenz (nachfolgend IPBK)[1] trafen sich am 16. Oktober 2020 zur halbjährlichen Konferenz im Sternensaal in Schruns (Vorarlberg, Österreich). Unter der Leitung von Harald Sonderegger, Landtagspräsident von Vorarlberg, nahmen die parlamentarischen Delegationen der Bundesländer Bayern und Vorarlberg sowie der Kantone Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, Schaffhausen, St.Gallen, Thurgau und Zürich an der 54. Sitzung der IPBK teil. Abwesend waren das Bundesland Baden-Württemberg sowie das Fürstentum Liechtenstein. Das Ziel der IPBK ist, die Anliegen der Bevölkerung in der Bodenseeregion aufzunehmen, die Standortattraktivität zu erhöhen und die natürlichen Lebensgrundlagen nachhaltig zu sichern. Sie fördert ausserdem den Meinungsaustausch und die Zusammenarbeit der Parlamente auf regionaler Ebene.

Im Zentrum der Tagung standen Fragen zur Wasserkraft in Vorarlberg, zur grenzüberschreitenden Verständigung der Polizei im Fall von Not- und Unfällen auf dem Rhein sowie die Verabschiedung der Resolution «Grenzüberschreitende Pandemieplanung und koordiniertes Vorgehen im Bodenseeraum». Ferner beschäftigten sich die Tagungsteilnehmenden mit den Berichterstattungen des Steuerungsausschusses, der Arbeitsgruppe «Fluglärm Flughafen Zürich» und der Internationalen Bodensee-Konferenz (IBK).

Verabschiedung Resolution
Landtagspräsident Harald Sonderegger erklärte: «Die Länder, Kantone und Regionen des Bodenseeraums standen durch die Covid-19-Pandemie und die Lockdowns mit den Grenzschliessungen im Frühjahr vor Herausforderungen ungeahnten Ausmasses. Diese Ausnahmesituation hat einmal mehr gezeigt, wie verbunden und verwoben wir in unserer Bodenseeregion sind – wirtschaftlich, gesellschaftlich und emotional». Mit der einstimmig beschlossenen Resolution «Grenzüberschreitende Pandemieplanung und koordiniertes Vorgehen im Bodenseeraum»[2] unterstützt die IPBK einerseits den Sechs-Punkte-Beschluss der Internationalen IBK vom 24. Juni 2020, anderseits appelliert die Parlamentsversammlung an die nationalen Regierungen in Berlin, Bern, Vaduz und Wien, bei pandemiebedingten Massnahmen die besondere Situation der Grenzregionen zu bedenken und sowohl eine grenzüberschreitende Pandemieplanung als auch ein koordiniertes Vorgehen in der Region sicherzustellen. Konkret sollen pauschale Grenzschliessungen in Zeiten, in denen die Zahlen an positiven Fällen wieder steigen, vermieden, die grenzüberschreitenden Bus- und Bahnverbindungen möglichst umfassend aufrechterhalten und die Kommunikation sowie die Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg intensiviert werden.
Die IPBK ist ausserdem überzeugt, dass allfälligen regionalen oder lokalen Covid-19-Clustern möglichst mit regionalen beziehungsweise lokalen Massnahmen begegnet werden soll.

Referate zu den verschiedenen Themen
Nach der Eröffnung der Sitzung hielt Helmut Mennel, Vorstandsmitglied der illwerke vkw AG, ein Inputreferat zum Thema «Wasserkraft in Vorarlberg». Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier erhielten einen Überblick über die in Vorarlberg betriebenen Wasser- und Pumpspeicherkraftwerke sowie Einblicke in die Zukunft der Energieversorgung im Land und in der Bodenseeregion.

1 Für weitere Informationen siehe www.bodenseeparlamente.org.

2 Abrufbar unter https://bodenseeparlamente.org/wp/wp-content/uploads/2020/10/Original__Resolution_-_Grenzu%CC%88berschreitende_Pandemieplanung_und_koordiniertes_Vorgehen_im_Bodenseeraum.pdf.

Manuel Bitschnau, Geschäftsführer der Montafon Tourismus GmbH, beleuchtete vor allem die aktuelle Situation im Tourismus, das sich ändernde Gästeverhalten sowie weitere Fragestellungen zur touristischen Zukunft des Montafons und der Bodenseeregion.

Weiter präsentierte Martin Tanner, Chef der Verkehrspolizei Schaffhausen, das Problem der grenzüberschreitenden Verständigung der Polizei im Fall von Not- und Unfällen auf dem Rhein. Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier befassten sich mit den Herausforderungen im Bereich der Kommunikation zwischen den verschiedenen Polizeikorps der Anrainerstaaten und einem möglichen Lösungsansatz für eine technisch verbesserte Alarmierung. Die Parlamentsversammlung hat, auf Hinweis des St.Galler Kantonsratspräsidenten Bruno Cozzio, beschlossen, dass in den betroffenen Kantonen und Ländern gleichlautende politische Vorstösse eingereicht werden sollen. Somit kann gemeinsam eine Lösung gefunden werden. Anlässlich der nächsten Konferenz wird sich die IPBK über den Stand der Abklärungen informieren lassen.

Abschliessend präsentierte Jürgen Klammsteiner, Finanzleiter der Verkehrsverbund Vorarlberg GmbH, den öffentlichen Nahverkehr in Vorarlberg. Er wies auf die Wichtigkeit der Angebotsdichte und -qualität sowie die Tarifstruktur und Kooperationen hin. In seinem Ausblick erwähnte er, dass in Österreich ein «1-2-3-Ticket» ab dem Jahr 2021 geplant ist, mit dem man für 1 Euro pro Tag in einem Bundesland, für 2 Euro pro Tag in zwei Bundesländern und für 3 Euro am Tag in ganz Österreich unterwegs sein kann. Die Delegationen aus den Schweizer Kantonen waren von diesem Angebot sehr beeindruckt, Harald Sonderegger wies darauf hin, dass ein solches Angebot nur mit erheblichen Zuschüssen des Bundes und des Landes möglich ist.

Informationen und Anträge aus dem Steuerungsausschuss
Landtagspräsident Harald Sonderegger berichtete über die Tätigkeiten des Steuerungsausschusses. Er informierte, dass aufgrund unterschiedlicher bundesrechtlichen Vorgaben keine gleichen Grundsätze und gesetzlichen Grundlagen betreffend pflanzenschutzrechtlicher Bestimmungen für Neophyten im Bodenseeraum geschaffen werden können. Für interessierte Parlamentarierinnen und Parlamentarier wird eine Führung im Vorarlberg angeboten.

Zudem informierte er über die Charta Metropolitanraum Bodensee und führte aus, dass eine nachträgliche Unterzeichnung durch die IPBK nicht sinnvoll ist. Inhaltlich wird das Thema durch den Kanton St.Gallen – im Vorsitzjahr 2021 – vertiefter begleitet werden.

Weiter wies Harald Sonderegger darauf hin, dass die IBK im Frühjahr 2021 der IPBK einen Entwurf für ein «Zielbild Raum und Verkehr» zustellen wird. Kantonsrat Kurt Zubler, Schaffhausen, wies darauf hin, dass die IPBK in der Resolution gefordert hatte, den Entwurf in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe auszuarbeiten. Der Steuerungsausschuss ist jedoch der Ansicht, dass die IPBK nicht selber aktiv gestalten, sondern sich dazu vernehmlassen soll. Das Thema wird somit ebenfalls durch den Kanton St.Gallen – im Vorsitzjahr 2021 – aufgenommen.

Bericht aus der Arbeitsgruppe Fluglärm
Kantonsrat Markus Müller, Schaffhausen, Präsident der Arbeitsgruppe «Fluglärm Flughafen Zürich», präsentierte den Resolutionsentwurf der Arbeitsgruppe. Er stellte die Frage, ob eine Regionalkonferenz einberufen werden soll (analog der Standortsuche für ein Atomendlager) und ob die Arbeitsgruppe die Resolution finalisieren kann oder die Arbeitsgruppe aufgelöst wird. Die IPBK diskutierte das weitere Vorgehen und legte fest, dass die Resolution in der Frühjahrssitzung 2021 final behandelt und wenn möglich verabschiedet werden soll.

Weitere Berichte und Informationen
Martina Rüscher, Landesrätin in Vorarlberg für Gesundheit, orientierte über die Umsetzung des «Zielbilds Raum und Verkehr» sowie über die grenzüberschreitende Pandemieplanung. Im Mai 2019 startete die IBK die Raumordnungskonferenz, welche die Aufgabe hat, das «Zielbild Raum

und Verkehr» auszuarbeiten. Dazu gibt es einen Kartenteil (Darstellung der Räume) und einen Textteil mit den entsprechenden Massnahmen. Am 12. November 2020 wird das «Zielbild Raum und Verkehr» in der IBK diskutiert; es soll der IPBK auf die Frühjahrskonferenz 2021 hin zugestellt werden.

Weiter berichtete Martina Rüscher, dass die grenzüberschreitende Pandemieplanung gemeinsam angegangen werden muss und eine Koordination nötig ist. Im Juni 2020 begrüssten die Regierungschefs der IBK, dass die Grenzen wieder geöffnet wurden. Es ist der IBK aus diversen Gründen ein grosses Anliegen, dass die Grenzen nicht mehr geschlossen werden sollen. Die IBK beauftragte ihre Arbeitsgruppe Gesundheit, ein Konzept auszuarbeiten, welches aufzeigen soll, was nötig ist, damit die Grenzen nicht mehr geschlossen werden, und was unternommen werden muss, damit die grenzüberschreitende Information besser funktioniert. Die Analyse zeigte, dass trotz unterschiedlicher Datenerhebung ein gemeinsames Meldesystem gefunden werden kann. Dazu wird eine Share-Lösung geschaffen. Es ist wichtig, dass die einzelnen Massnahmen gegenseitig abgestimmt werden, z.B. gab es im Vorarlberg eine Sperrstunde ab 22.00 Uhr und im Kanton St.Gallen war diese später. Dies führte dazu, dass Personen aus dem Vorarlberg in der Ostschweiz feierten und dies zu grossem Unverständnis der eigenen Gastronomiebetriebe führte. In diesen Zusammenhang dankt Martina Rüscher für die Anpassungen in den Ostschweizer Kantonen und den guten Austausch.